

Udo Schlüter

Vorstandsvorsitz

Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
Tel.: 030 - 23462514
udo.schlueter@agl-einewelt.de
www.agl-einewelt.de

Finanzamt Berlin
Steuer-Nr.: 1127/660/63838
Registergericht Göttingen VR 2479
Vorstandsvorsitzender: Udo Schlüter



Stellungnahme

Deutscher Bundestag
Ausschuss f. wirtschaftl.
Zusammenarbeit u. Entwicklung

Ausschussdrucksache

18(19)477 b

ÖA SDGs 30.11.2016

23. November 2016

Berlin, 23. November 2016

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) zum Thema: „Stand der Umsetzung der Agenda 2030 und der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) auf nationaler und internationaler Ebene“ am 30. November 2016

Die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. ist der bundesweite Dachverband der 16 Eine-Welt-Landesnetzwerke in den Bundesländern. In diesen sind viele überwiegend kleine entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen (NRO) organisiert. Die agl erreicht über ihre Mitgliedsverbände bundesweit rund 10.000 entwicklungspolitische Gruppen, Vereine und Initiativen. Ein besonderes Merkmal der agl und ihrer Mitglieder ist, dass sie aufgrund ihrer föderalen und partizipativen Struktur über ihre Mitglieder und unterstützt durch die Eine-Welt-Promotor*innen deutschlandweit Bürgerinnen und Bürger in Regionen und Wahlkreisen erreichen können.

In unseren Ausführungen nehmen wir zu folgenden Fragen des AwZ Stellung:

1.) Welche Politik- und Maßnahmenansätze bietet die Nachhaltigkeitsstrategie für das Erreichen der SDGs in Deutschland und global?

Im Regierungsentwurf der neuen Nachhaltigkeitsstrategie klingen an mehreren Stellen selbstkritische Töne durch – die Einsicht, dass deutscher Wohlstand teilweise durch Missstände in anderen Ländern genährt wird und eine tendenzielle Abwendung von rein quantitativ ausgerichtetem Wirtschaftswachstum klingen im Entwurf durch. Zum Erreichen

der Ziele stehen technische innovative Lösungen im Vordergrund. Grundsätzlich ist dies begrüßenswert. Ein nachhaltiger Paradigmenwechsel kann jedoch nicht ausschließlich durch technische Innovationen geleistet werden. Vielmehr braucht es ebenso kräftige Investitionen in soziale, kulturelle und kommunikative Lösungen, die auf das Bewusstsein und Konsumverhalten der Menschen zielen. Einen kulturellen Wandel zu initiieren und Bürgerinnen und Bürger dabei zu unterstützen und zu motivieren, Teil des Prozesses hin zu einer global gerechteren und nachhaltigeren Welt zu sein, bildet die Basis für ein Gelingen der nationalen Umsetzung der Agenda 2030.

Daraus ergibt sich ein Bedeutungszuwachs der entwicklungspolitischen Inlands- und Bildungsarbeit, die wir als wesentlichen Bestandteil der Eine-Welt-Arbeit betrachten. Die agl als bundesweiter föderal strukturierter Akteur wird sich in dieser Stellungnahme daher auf die Chancen und Potenziale der Inlandsarbeit auf Länderebene fokussieren. Wie wir die Politiken der Länder stärker entwicklungspolitisch gestalten und globale Kompetenzen fördern können, ist der Kerngedanke unserer Stellungnahme.

2.) Welche Aufgaben kommen dabei Bundesländern und Kommunen zu?

Bundesländer und Kommunen kommt eine wichtige Rolle bei der Erarbeitung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien zu. Insbesondere Kommunen bilden die politische Ebene, die den Bürger*innen am nächsten ist. Die Bundesländer haben die Kommunalhoheit und sind für die Bildung und viele weitere – für die Umsetzung der Agenda 2030 relevante – Politikbereiche zuständig. Der Deutsche Städtetag hat sein Gewicht in der Umsetzung der Agenda 2030 bereits erkannt und gemeinsam mit dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas Ziele erarbeitet, die auf lokaler Ebene umgesetzt werden können. Eine Reihe von entwicklungspolitischen NRO haben Erfahrungen mit der Arbeit an der Lokalen Agenda 21 von Rio und teilweise auch mit der Erarbeitung solcher Agenden auf Länderebene. Aktuell motivieren agl und Landesnetzwerke ihre Mitglieder, lokale Agenda 2030-Initiativen zu initiieren und zu stärken, in diesen mitzuarbeiten und diese auch Eine-Welt-politisch zu profilieren. Auf Landesebene fällt der derzeitige Stand zur Entwicklung entwicklungspolitischer Leitlinien sehr unterschiedlich aus. Die aktuellste Studie zum Stand der entwicklungspolitischen Leitlinien der Bundesländer ist aus dem letzten Jahr vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) – eine umfassende Studie zur „Bedeutung der 2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung der deutschen Bundesländer“.

Die derzeitigen Erfahrungen unserer Landesnetzwerke mit der Umsetzung der SDGs auf Landesebene sind gemischt. Einige Bundesländer, beispielsweise NRW, präsentieren bereits eine Nachhaltigkeitsstrategie, die sich weitestgehend an den SDGs orientiert und konkrete Indikatoren zu Umsetzung formuliert. In anderen Ländern, beispielsweise Berlin oder Mecklenburg-Vorpommern, gibt es dagegen derzeit keine (ausreichende) Strategie – es fehlen kohärente Konzepte zur Umsetzung der Agenda 2030. Hamburg fokussiert sich in seinem Nachhaltigkeitsstreben auf die Bereiche Klimaschutz und Klimafolgen. Es fehlt allerdings an entwicklungspolitisch relevanten Leitlinien und einer übergreifenden Nachhaltigkeitsstrategie. Das teilweise langsame Voranschreiten der Strategieentwicklung liegt auch daran, dass einige Bundesländer offenbar davon ausgehen, die „großen“ globalen Themen müssten vornehmlich auf Bundesebene behandelt werden. Sie sind daher in Wartehaltung auf die nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Wahlprüfsteine unserer Landes-

netzwerke, beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern, zeigen, dass viele Abgeordnete auf Landesebene ihre Handlungsspielräume in dem Themenkomplex für begrenzt halten.

Zivilgesellschaftliches Eine-Welt-Engagement sieht das anders! Gerade auf Landesebene kommt uns eine wichtige Rolle zu. Länder und Kommunen haben einen direkteren Bezug zu ihren Bürger*innen und müssen eine breit angelegte Auseinandersetzung mit globalen Herausforderungen sowie das Entwickeln von konkreten Handlungsalternativen in den Kommunen und Regionen gezielt fördern. Viele Themen bzw. Ziele, auf die sich die Vereinten Nationen geeinigt haben, beschäftigen die Eine-Welt-Initiativen schon lange. So wurden bereits zu den vorangehenden Zielen (MDG) breit angelegte und erfolgreiche Kampagnen auf Landesebene durchgeführt. Der Weltgarten zur Globalisierung in NRW beispielsweise, hat in den letzten Jahren ein Millionenpublikum erreicht und soll in den nächsten Jahren weiter durch die Bundesländer touren und an freizeitattractiven Standorten wie Zoos oder Landesgartenschauen Menschen für die Agenda 2030 gewinnen.

Die Expertise zu den Themen der Agenda 2030 gibt es in allen Bundesländern seitens der Eine-Welt-Initiativen. Die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Landespolitik ist auch jetzt schon sehr erfolgreich und sollte zunehmend ausgebaut werden. Dass die enge Zusammenarbeit fruchtet, sehen wir u.a. in Bayern, wo Eine-Welt-Gruppen seit April 2015 die „Bayerischen SDGs“ erarbeitet haben, die konkrete Vorschläge für Politikmaßnahmen auf Länder- und Kommunenebene machen. Am 28.9.2015 wurden diese an die bayerische Staatsregierung übergeben. In der Folge haben die Landesministerien die „Bayerischen SDGs“ kommentiert und die Eine-Welt-Gruppen entwickeln diese derzeit weiter. Der Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER) hat eine Vision seiner Stadt als "Eine Welt Stadt Berlin" beschrieben. Der BER arbeitet derzeit an den konkreten Forderungen. Dies bietet für die Landespolitiker eine großartige Chance, zivilgesellschaftliche Expertise ins Boot zu holen und die Umsetzung der SDGs auch auf ihre Agenda zu setzen.

Auch die Landesnetzwerke der östlichen Bundesländer trotzen den erschwerten Bedingungen der örtlichen politischen Landschaften. Ein Beispiel aus Sachsen-Anhalt ist das „EJE 2.0“ als Nachfolgeprojekt zum Europäischen Jahr für Entwicklung (EJE). Es liefert eine breite Aktionsreihe zu den SDGs. In diesem Rahmen werden eine entwicklungspolitische Konferenz, eine parlamentarische Begegnung und eine Ausstellung zu den SDGs verwirklicht.

Eine herausragende Bedeutung für die Umsetzung der Agenda 2030 in der Inlandsarbeit hat das Eine-Welt-Promotor*innen-Programm. Die Landesnetzwerke sind erstaunlich erfolgreich dabei, ihre Landesregierungen für einen weiteren Ausbau in ihren Bundesländern zu gewinnen, um in den nächsten Jahren flächendeckend – so das Ziel – in ganz Deutschland, in den Metropolen ebenso wie in kleinen Gemeinden in ländlichen Räumen, eine entwicklungspolitische „Grundversorgung“ mit Bildungs- und Mitmachprojekten anbieten zu können. Diesen Weg auf Bundesebene weiter mitzugehen, halten wir für ein wichtiges Signal sowohl an die Landespolitik, als auch die Zivilgesellschaft, deren vielgestaltiges Engagement gefördert werden soll.

Unter „nachhaltiger Entwicklung“ verstehen wir auch die gleichwertige Berücksichtigung ökologischer, sozialer und ökonomischer Aspekte und ihrer Interdependenzen. Schlechte Menschenrechts- und Arbeitssituationen, Klimaungerechtigkeit, Armut und Hunger in vielen

Produktionsländern dieser Welt erfordern verstärkte Anstrengungen. Soziale Anforderungen sollten bei der Vergabe und Einkauf der öffentlichen Hand selbstverständlich werden.

Um mit gutem Beispiel voranzugehen, ist das öffentliche Beschaffungswesen in Deutschland ein wichtiger Bereich, der es Ländern und Kommunen erlaubt, Exempel zu statuieren. Dies gilt insbesondere für die Beschaffung öko-fairer Arbeitskleidung, beispielsweise in Krankenhäusern oder bei der Feuerwehr. Aber auch in den Büroetagen sind vom Briefumschlag über Radiergummis bis zum Toilettenpapier viele Bereiche davon betroffen.

Das bedeutet für Bundesländer und Kommunen: Dort, wo es sie noch nicht gibt, ist die Einführung von verbindlichen Standards für öko-faire Beschaffung dringend erforderlich. Dort, wo es bereits diesbezügliche Richtlinien gibt, muss über Maßnahmen nachgedacht werden, damit sie ihren Weg in die Praxis finden, etwa mit Schulungen, Ausbildungsinhalten oder Ratgebern. Die Eine Welt-Landesnetzwerke und viele ihrer Mitgliedsorganisationen können dazu beraten, wie Politik und Wirtschaft die Prämissen in ihre Arbeitsalltage integrieren.

3.) Welche rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Veränderungen braucht es in Deutschland, um die SDGs national, regional und lokal umzusetzen?

Nachhaltigkeit ist bislang nicht grundgesetzrelevant. Um unsere Verantwortung im Hier und Jetzt und für folgende Generation festzuschreiben, plädieren wir dafür, Grundprämissen der Nachhaltigkeitsstrategie auch im Grundgesetz zu verankern.

Außerdem sollte das Gemeinnützigkeitsrecht überarbeitet werden. Dieses ist noch nicht in ausreichendem Maß Agenda-2030-kompatibel. Das in diesem Sinne politische und transformative Engagement von Bürgerinnen und Bürgern muss unzweifelhaft als gemeinnützig anerkannt werden und die Anerkennung darf nicht allein von der Interpretation der jeweiligen lokalen Finanzbehörde abhängig sein.

Zur erfolgreichen Umsetzung der SDGs auf Länderebene braucht es auch eine stärkere finanzielle Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Auch in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit fehlt es an zusätzlichen Mitteln für eine Ausweitung von Kampagnen, Aktionen und Bildungsaktivitäten. In unserer Stellungnahme zum Bundeshaushalt für 2017 haben wir bereits für eine Aufstockung im Titel entwicklungspolitische Bildungsarbeit auf 50 Millionen plädiert, womit wir uns der Forderung des Verbandes Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO) angeschlossen haben.

Um gesellschaftliche Veränderungen hin zu einer nachhaltigeren Gesellschaft zu initiieren braucht es gute Projekte. Das Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung (FEB) ist das wichtigste Förderprogramm für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit der Zivilgesellschaft im Inland. Vor dem Hintergrund des Mehrbedarfs aufgrund gestiegener Herausforderungen im Rahmen der Agenda 2030 sowie der Flüchtlingsthematik im Inland erwarten wir einen deutlichen Anstieg von Anträgen und damit des finanziellen Mehrbedarfs

in den kommenden Jahren – wir werden weiterhin für noch mehr Engagement werben und Initiativen dazu ermutigen, Projektanträge einzureichen. Schon jetzt müssen gute Projekte reduziert durchgeführt werden, weil nicht genügend Mittel vorhanden sind – sie können so ihre Möglichkeiten nicht voll entfalten und vorhandene Potentiale bleiben ungenutzt. Hierfür sind insbesondere jene Budgets für kleine zivilgesellschaftliche NRO bei der Umsetzung von lokalen Nachhaltigkeitsagenden zu erhöhen. Gleichzeitig müssen kleine NRO darin bestärkt und gefördert werden, längerfristig und unbürokratisch zu planen und zu gestalten, damit sich ihre Selbstorganisationen, Strukturen und Netzwerke weiter verfestigen können – denn sie sind es, die vor Ort stabile und effektive Engagement- und Vertrauensbeziehungen zu Bürger*innen pflegen und ausbauen.

Auch der oben skizzierte deutschlandweit flächendeckende Ausbau des Eine-Welt-Promotor*innen-Programms mit seiner strukturierten, föderalen und partizipativen Arbeitsweise bedarf neben den finanziellen Mitteln der Bundesländer in den nächsten Jahren eine Ausweitung der Bundesförderung.

4.) Welche Veränderungen braucht es in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft?

Für ein global verträgliches Leben brauchen wir neue Narrative. Narrative, die unsere Bürger*innen befähigen, die globalisierte und sich weiter rasant globalisierende Welt zu verstehen und ihre Zukunft aktiv mitzugestalten. Reaktionen auf die Migrations- und Fluchtbewegungen im Jahr 2015 zeigen, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist. Zivilgesellschaftliche Initiativen der Inlandsarbeit sind hier besonders gefragt, um pluralistische, interkulturelle und nachhaltige Orientierungshilfen zu geben und Handlungsoptionen aufzuzeigen und diese in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu tragen.

Für viele Bürger*innen werden schlagartig globale Interdependenzen persönlich spürbar, wenn Geflüchtete zu unmittelbaren Nachbar*innen werden. Sie werden dadurch auch nicht selten als personifizierte Überbringer schlechter Nachrichten und Repräsentant*innen globaler Probleme wahrgenommen. Dabei kann bei Bürger*innen der Eindruck entstehen, nichts gegen die globalen Probleme unternehmen zu können, deren Konsequenzen sie im Stadtteil, auf der Arbeit und ihrem Alltag jedoch konkret spüren. Selbstverständlich schmerzt es den eigenen Status Quo in Frage zu stellen und zu merken, dass unser Wohlstand auch auf anderer Menschen Armut gründet. Akteure der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit stehen gerade jetzt – im Bereich Flucht und Migration – vor wichtigen Aufgaben und die Bedeutung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit nimmt zu. Zuwanderung nach Deutschland stellt eine Herausforderung für die bestehenden Systeme wie auch für die deutsche Bevölkerung vor Ort dar. Die aktuelle Situation ist geprägt von Ängsten und Verunsicherungen, vielerorts aber auch von negativer Stimmungsmache und mangelnder Information von Bürger*innen. Genau hier setzt Bildungs- und Informationsarbeit an. Mehr Verständnis für globale Entwicklungen sowie interkulturelle Kompetenz und Empathie zu vermitteln ist gerade jetzt wichtig, um Anstöße für ein friedliches Zusammenleben zu initiieren.

Am 8. August diesen Jahres war der weltweite Tag des „Erdüberlastungstages“. Das heißt, dass vom 1. Januar bis zum 8. August so viel von der Natur verbraucht wurde, wie die Erde im ganzen Jahr regenerieren kann. In Deutschland ist unser Ressourcenverbrauch so hoch,

dass dieser Tag bereits am 28. April erreicht wurde. Nachhaltiger Konsum muss und kann gelernt werden. Genau deswegen müssen wir einen Fokus für die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele besonders stark auf die Inlandsarbeit legen.

Es ist an der Zeit, den Gedanken der Suffizienz komplementär zur Effizienz zu promoten – und zwar auf allen politischen Ebenen, in der Gesellschaft und in der Wirtschaft. Auch deswegen ist der Ausbau von Strukturen, in denen sich die genannten Akteure gegenseitig beraten und voneinander lernen, fundamental. Zügelloses Wirtschaftswachstum und maßloser Konsum stehen im Widerspruch zu den SDGs.

Dass Eine-Welt-Engagement und anderes gesellschaftspolitisches Engagement Wirkung zeigen, sehen wir auch daran, dass die Flucht und Migrationsbewegungen bei weitem nicht nur Fremdenhass auf sich gezogen haben, sondern die deutsche Gesellschaft sich für ihre Mitmenschen stark gemacht hat. Solidarität und Hilfsbereitschaft haben Deutschland mehr geprägt als der Ausländerhass. Dazu hat das Eine-Welt-Engagement in den letzten Jahren maßgeblich beigetragen. Zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele braucht es ein solches Umdenken und Umsteuern in der Gesellschaft. Wir begreifen es als unsere Aufgabe, die gesellschaftlichen – selbstverständlich auch kontroversen – Dialoge um diese Herausforderungen zu initiieren und ihnen vielfältige Plattformen zu verschaffen. Die Lust an politischer Teilhabe und Partizipation zu wecken kann in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren gelingen.

Die deutsche Politik muss sich von dem Gedanken verabschieden, vorwiegend technische Lösungen finden zu wollen. Was wir brauchen ist mehr Investition in „mentale“ und kulturelle Lösungen, d.h. darin, die Gesellschaft zu befähigen globale Kompetenzen zu gewinnen, Wissen und Perspektiven zu erweitern und so Lust darauf zu wecken ihr Land aktiv mit zu gestalten. Wissensarbeit wird immer wichtiger. Als Partner, die genau solche Projekte realisieren können, bieten sich die Mitglieder der agl an.

Beispiele dafür, wie wir uns bereits jetzt dafür stark machen, um die SDGs in die Gesellschaft zu tragen, gibt es zahlreiche. So etwa die Kampagne „Weltbaustellen“: In NRW macht sich das Eine Welt Netz mit dem Projekt Weltbaustellen den öffentlichen Raum zu eigen. Bis 2017 wird in mehreren Städten öffentlichkeitswirksam eine gesellschaftliche Debatte über die Ziele nachhaltiger Entwicklung angestoßen. Die Bausteine umfassen eine „WeltWand“, d.h. in 16 Städten entstehen Wandbilder auf Hauswänden im öffentlichen Raum – gemeinsam mit internationalen Künstler*innen aus dem Globalen Süden und Norden. „WeltTreffe“ bezeichnen Baustellenzelte an jedem Malort, die für Gespräche mit Passant*innen und Interessierten einladen. Die „WeltWand“-Aktionen werden durch Auftaktveranstaltungen in den Rathäusern eröffnet und durch Veranstaltungen der lokalen Bündnisse vor Ort begleitet. Begleitend zu den Aktivitäten werden Schulen zur „WeltSchule“ und können sich aktiv an der Umsetzung der SDGs beteiligen. Schlussendlich soll das Land zum WeltLand NRW positioniert werden. Die Kampagne erhält durch landesweite Auftakt- und Abschlussveranstaltungen einen inhaltlichen Rahmen. Begleitet wird sie durch eine landesweite Kampagnenzeitung sowie durch regelmäßige Vernetzungstreffen der verschiedenen Akteure.

5.) Wie werden die Interessen von Entwicklungsländern auf den drei Ebenen des Staates berücksichtigt

Aus agl-Perspektive stellt sich schnell die Frage, wer oder was mit dem Begriff „Entwicklungsländer“ gemeint ist und welche Interessen jeweils im Vordergrund stehen. Das Beispiel der Kohleexporte nach Deutschland zeigt, dass dies offensichtlich im Interesse der Regierungen, etwa von Südafrika oder Kolumbien ist. Die Zivilgesellschaft hat darauf allerdings eine andere Perspektive. Die Kohle in Deutschlands Kraftwerken wird zu ca. 80 % importiert. In Südafrika ist beispielsweise Mpumalanga, die Partnerprovinz von NRW, das Hauptabbaugebiet der Kohle. Mit dem Abbau sind massive Umweltschäden und soziale Probleme verbunden. Der Kohleabbau zerstört die Landschaft, lässt Wasser knapp und sauer werden. Auch die Folgen des Klimawandels, deren Hauptverursacher die Kohleverbrennung ist, sind schon heute spürbar, z. B. wenn Fluten Ernten vernichten. Beide Länder, Deutschland und besonders Südafrika haben gleichzeitig große Potenziale für den Ausbau erneuerbarer Energien. Sonne und Wind ermöglichen eine umweltfreundliche Energieversorgung, die auch die hohe Energiearmut in Südafrika beenden kann. Aktuelle Entwicklungspolitik sollte hier ansetzen und konsequent Lösungen anstreben, die diesen Problem-Verflechtungen von staatlichen Ebenen, Ressourcenbedarf und Nachhaltigkeitszielen Rechnung trägt.

Aber auch in einem weiteren Bereich auf Landesebene und in den Kommunen kann viel getan und bewirkt werden: Nachhaltigkeitsziele müssen künftig flächendeckend für das öffentliche Beschaffungswesen zur (verpflichtenden) Richtschnur werden. Die Argumentation schließt an die Ausführungen der Frage 2 an. Länder und Kommunen sollten, etwa bei der Anschaffung von Arbeitskleidung, den Nachweis der Einhaltung dieser Standards verlangen. Unser Konsumverhalten hat direkte negative Auswirkungen auf die sozialen und ökologischen Lebens- und Arbeitssituationen in Ländern des Südens. Das Verlangen von fairen Standards in der Herstellung von Produkten, die wir in Deutschland verbrauchen, ist daher ein wichtiger Baustein, um die Lebens- und Arbeitsverhältnisse in Ländern des Globalen Südens zu verbessern.

6.) Wie können neue Bündnisse zur Umsetzung geschaffen werden und welche Ressourcen braucht es hierfür?

Für uns ist klar: Multidimensionale Probleme brauchen multidimensionale Lösungen. Die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Verflechtungen müssen in unsere Lösungsstrategien einfließen und zu neuartigen Bündnissen führen. Zu sehr arbeiten verschiedenen zivilgesellschaftliche Sektoren, politische Ressorts in den Regierungen sowie die verschiedenen Gebietskörperschaften in den Mehrebenensystemen „nebeneinander her“. Dabei spielen nicht selten „Revierabgrenzungen“ eine Rolle und erschweren die Herstellung der so notwendigen Kohärenz. Daher ist es zentral, künftig massiv für Partnerschaften verschiedener Akteursgruppen zu werben und diese explizit finanziell zu fördern. Auch müssen verschiedene Ressorts noch stärker die Zusammenarbeit und Abstimmung vorantreiben – Kohärenz darf nicht nur eine Absichtserklärung sein. So ist es wichtig, dass z.B. die Prozesse der Nachhaltigkeitsstrategien in Bund und Ländern, der „Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien“ (RENN), der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) aufeinander bezogen werden und die entwicklungspolitische Inlands- und

Bildungsarbeit hierin einen festen Stellenwert erhält und ihre Akteure systematisch und nachhaltig einbezogen werden.

In der Zukunftscharta, die das BMZ gemeinsam mit zahlreichen NRO erarbeitet hat, ist die Frage nach neuen Bündnissen unter dem Begriff „Multiakteurspartnerschaften“ benannt – für uns das richtige Grundprinzip. Dabei sollten wir uns nicht allein auf Partnerschaften zwischen den vier „klassischen“ Sektoren Zivilgesellschaft, Politik, Wissenschaft und Privatwirtschaft beziehen, sondern dieses Prinzip auch innerhalb dieser Bereiche fortführen. So sollten ganz generell Partnerschaften von Akteuren, die sonst nur schwer zusammenkommen, besonders gefördert werden. Dies gilt z.B. für Akteure des Sports, der Geselligkeit, der sozialen Arbeit, der Umwelt, der Bildung, der Stadtteilarbeit ebenso wie die Ebenen übergreifende Zusammenarbeit. Es gibt hierzu viele gute Erfahrungen, an die angeknüpft werden kann, etwa in den Agenda 21-Prozessen, wo z.B. Sozialverbände mitgearbeitet haben. Auch sollte darauf geachtet werden, dass im Rahmen von Multiakteurspartnerschaften nicht nur „große“ Akteure, die sich zu „großen“ Bündnissen zusammenschließen, gefördert werden. Vielmehr muss dieses Prinzip in alle Ebenen und politischen Räume getragen werden, sodass z.B. auch der örtliche Sozialverein mit örtlichen Unternehmen gemeinsame Nachhaltigkeitsprojekte und -Partnerschaften umsetzen.

Nicht zuletzt sind hier die Prinzipien der Subsidiarität, des Initiativrechts und der Partizipation zu nennen – diese sollten in der Stärkung von Bündnissen weiter ausgebaut, bzw. konsequent eingehalten werden. Schon jetzt gibt es viele Praktiken der Stakeholderabstimmung, der Beiräte, Round Tables, Steuerungsgruppen – wir können diesbezüglich auf viele Erfahrungen zurückgreifen, auch auf der lokalen Ebene an vielfältige Agenda 21-Prozesse. Dennoch erscheinen uns viele Prozesse noch nicht konsequent genug auf breite Beteiligung ausgerichtet zu sein. Nicht selten werden Prozesse begonnen, ohne das jeweilige Umfeld und die jeweils relevante Akteurslandschaft ausreichend erkundet zu haben. Vorherige Umfeld- und Akteursanalysen sowie die frühzeitige Einbindung der Zivilgesellschaft in Vorhaben sind daher unerlässlich für den Aufbau neuartiger Bündnisse, ebenso wie die Förderung zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation.

Die gelungene Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft im Agenda 2030-Prozess gilt nicht nur als Erfordernis für das Gelingen, sondern auch als Grundprinzip für nachhaltige demokratische Entwicklung. Gleichwohl werden die Formate und Anforderungen zur Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure häufig nicht konkret benannt, sondern sind Interpretationssache der durchführenden Stellen. Hierbei sehen wir Gefahren, etwa dass bestimmte Akteure dominieren oder zivilgesellschaftliche Organisationen in die Rollen von Ausführungsorganen von Regierungs- oder Behördenhandeln gedrängt werden könnten. Wir brauchen daher eine Debatte und möglicherweise Grundregeln, etwa in Form von Leitlinien oder eines Kodex, wie Einbindungsprozesse der Zivilgesellschaft nachhaltig gestaltet werden können.